

tion in die Weltwirtschaft, zur Mitgliedschaft in den G-7 dienen. Aber auch weitere realpolitische Motive mögen eine gewisse Rolle gespielt haben: nach Erläuterungen von Falin hoffte Gorbatschow seinerzeit, durch die Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO dem alten sowjetischen Ziel doch näher zu kommen, die westliche Allianz letztlich zu zerstören.³⁸ Ein Berater im Umkreis Gorbatschows deutet auch die damals gehegte Illusion einer „Achse Moskau-Berlin“ an, über die „unterschwellig“ schon in Gesprächen zwischen Kohl und Gorbatschow die Rede gewesen sei.³⁹ Fragt man abschließend nach der übergreifenden Rationalität der sowjetischen Zugeständnisse, so dürfte klar sein, daß sich angesichts der Verschiebung der Balance of Power, des Abstiegs der ehemaligen Supermacht, der schweren Wirtschaftskrise, der zunehmenden nationalen Konflikte, des Zusammenbruchs der DDR und der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa sowie der galoppierenden Schwindsucht der Perestrojka, Gorbatschow nahezu unvermeidlich auf Kooperation mit einem erstarkten, vereinten Deutschland setzen mußte. Die Erkenntnis einer der UdSSR und Rußland wohlgesonnenen deutschen Bevölkerung und die Abschwächung antideutscher Ressentiments bei den Nationen der Sowjetunion erleichterten ihm die persönliche Entscheidung. Das von Brandt und Schmidt, Scheel und Genscher nach 1969 angehäuften Kapital des Moskauer Vertrages von 1970 hatte sich akkumuliert. Dazu hatte nicht zuletzt auch die deutsche Wirtschaft beigetragen. Seit Ende 1988 bildete sich ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen den obersten Repräsentanten von UdSSR und BRD heraus, welches angesichts der Entscheidungsmacht des sowjetischen Präsidenten zu einem der tragenden Pfeiler im Prozeß der Vereinigung Deutschlands wurde.

38 Parteivorstand/Archiv: Einige Gedanken Falins zum Prozess der deutschen Vereinigung vom 15.9.1990, S. 1.

39 Ėrnjaev, op. cit., S. 25.

Dieter Bingen

Die Politik Polens und anderer ostmitteleuropäischer Staaten im deutschen Vereinigungsprozeß 1989/90

Schriftliche Vorlage

Die drei ostmitteleuropäischen Staaten Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn haben auf unterschiedliche und individuell ganz charakteristische Weise den Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den Umbruchmonaten 1989/90 beeinflußt. Bei der Betrachtung und Analyse der Vorgänge, die zur Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 führten, sind grob zwei Phase voneinander zu trennen: eine *erste Phase* bis zum 9. November 1989, in der ein innerer Gärungsprozess in der DDR mit internationalen Auswirkungen (Massenflucht) die europäische Umwelt in Atem hielt, und eine *zweite Phase*, die unmittelbar nach dem Mauerfall die deutsche Einheit auf die Tagesordnung der Politik setzte.

Mit Blick auf diese zwei Phasen kann der Beitrag der Akteure „Polen“¹, „Tschechoslowakei“ und „Ungarn“ gewichtet werden. Ungarn hat seit Mai 1989, seit September 1989 haben Ungarn und die Tschechoslowakei durch ihre Initiative bzw. durch ihre Reaktionen dazu beigetragen, daß im November 1989 die Mauer fiel. Sie waren durch konkrete politische Entscheidungen in den Frühjahrs- und Frühherbstmonaten 1989 Mitverursacher der Beschleunigung des inneren Zusammenbruchs des Honecker-Regimes.

Bis zum November 1989 war Polens Beitrag zur Entwicklung in der DDR im Sinne operativer Außenpolitik eher peripher, da es im außenpolitischen Entscheidungsverhalten weniger als Budapest und Prag herausgefordert wurde. Freilich war der Beitrag Polens in einem weiteren Sinne außerordentlich und entscheidend: Ohne die Solidarność-Bewegung seit 1980 und die von ihr ausgelöste Kettenreaktion im sowjetischen Block, v.a. ihren Einfluß auf die sowjetische Politik in den achtziger Jahren, hätte im Sommer 1989 nicht die von Gorbatschow konzedierte Wahlfreiheit für Polen, d. h. die Wahl eines nichtkommunistischen Regierungschefs, angestanden. In Polen wurde die Machtfrage zuerst gestellt, die zuletzt und am dramatischsten sowohl für die Sowjetunion wie für ihren deutschen Vorposten beantwortet werden mußte. Durch die neue innenpolitische Lage in Polen wurde die strategische Position der DDR im Warschauer Pakt unterminiert. Die in Polen zuerst gestellten Fragen und

1 Bei den eingetrickten Textpassagen in dem vorliegenden Manuskript handelt es sich – soweit nicht anders belegt – um Erläuterungen zur Interessenlage der Bundesregierung bei Polen betreffenden Fragen im deutschen Einigungsprozess, die meinem im Januar 1998 erscheinenden Buch: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl (1949-1991), Baden-Baden: Nomos Verlag 1998 (poln. Version: Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla. 1949-1991, Kraków: Wyd. Kwadrat 1997), entnommen sind.